

**DEUTSCHE
ARBEITER**

*halten
Gericht*

**ÜBER DIE LÜGEN
DER KRIEGSHETZER-PRESSE**

**Deutsche
Arbeiter
halten Gericht**

**über die Lügen
der Kriegshetzerpresse**

HERAUSGEBER:

AUSSCHUSS FÜR DEUTSCHE EINHEIT

Hersteller: TRIBÜNE, Verlag u. Druckereien des FDGB, Berlin N 4, Chausseestr. 123/124
Druck: Tribüne, Hauptwerk Treptow — Ag 151/54 DDR - P 2834 - 160 - 354

VORWORT

Während der Berliner Konferenz der vier Außenminister fand in der Hauptstadt Deutschlands eine bisher einzigartige Pressekonferenz statt. Sie wurde zu einer weit über die Bedeutung eines Tagesereignisses hinausgehenden sensationellen Abrechnung von Arbeitern aus den Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik mit den Lügen der westdeutschen und ausländischen Dollarpresse.

Daß die kapitalistischen Zeitungen seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung die Waffe der Lüge einsetzen, um mit dem Gift der Verleumdung die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien zu schwächen, ist nichts Unbekanntes. So ist denn auch die Deutsche Demokratische Republik eine ständige Zielscheibe von abscheulichen Erfindungen der Zeitungen und Rundfunkstationen, die von Gnaden amerikanischer und deutscher Großkapitalisten existieren. Sie waren und sind alle vom Schlage jener „Enthüllung“, durch die im Herbst 1953 ein lichtscheues Element namens Jüdicke nachgewiesenermaßen im Auftrage des Kaiserministeriums die sogenannte „abendländische Welt“ mit Schauernmärchen über den „Terror in der DDR“ in Schrecken versetzte. Obwohl dem Burschen die Lüge auf der Stirn geschrieben stand, füllten seine Berichte die ersten Seiten der Westberliner, westdeutschen und internationalen kapitalistischen und sozialdemokratischen Zeitungen. Erst nachdem das vom amerikanischen Hochkommissariat beschützte Subjekt durch Zeugnisse angesehenener Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik entlarvt worden war, mußten auch die Westberliner Behörden ihn fallenlassen und als kriminellen Betrüger ins Gefängnis schicken.

In den Januar- und Februartagen 1954, während der Berliner Außenministerkonferenz, unternahmen die Rundfunksender und Zeitungen, die im Namen der „westlichen Kultur“ und der „Wahrheit“ auf den Plan treten, erneut eine zentral gesteuerte Lügenoffensive. Sie suchten die Durchschlagskraft der Molotowschen Vorschläge für die Einheit Deutschlands, für den Abzug der Besatzungstruppen, für den Friedensvertrag mit Deutschland und für die europäische Einheit und Sicherheit durch frei erfundene Berichte über angebliche „politische Unruhen“ innerhalb der Belegschaften der Großbetriebe

der Deutschen Demokratischen Republik abzuschwächen. Von der amerikanischen „Neuen Zeitung“ über die Hamburger „Welt“ bis zum sozialdemokratischen Berliner „Telegraf“ verbreiteten in- und ausländische Blätter in riesiger Aufmachung ihre albernen Behauptungen, die sich die Redakteure buchstäblich aus den Fingern gesogen hatten.

Der Ausschuß für Deutsche Einheit berief zum 12. Februar 1954 eine internationale Pressekonferenz ein, zu der neben den Journalisten aus aller Welt Delegierte von zahlreichen Belegschaften der Deutschen Demokratischen Republik erschienen waren. Sie kamen vom Elektrokombinat Bitterfeld und der Lwa Ammendorf, vom Schwermaschinenbau Wildau und dem Sachsenwerk Niedersedlitz, von den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“ und den Chemischen Werken Buna, von der Leipziger Firma Bleichert und dem Ernst-Thälmann-Werk in Magdeburg, von dem Agfa-Werk Wolfen und der Großkokerei Lauchhammer und anderen Werken, gerade aus all den Betrieben, über die die EVG-Revolverpresse ihre Lug- und Trugmeldungen verbreitet hatte.

Eine solche Pressekonferenz hat es wohl noch nie und in keinem Lande gegeben. Hier hielten die Arbeiter selbst ein wahres Volksgericht über die Lügner und Verleumder ab, die kleinlaut und betreten vor ihnen saßen. Die folgenden Seiten enthalten das Protokoll dieser Konferenz, deren hohe Bedeutung darin liegt, daß die Arbeiter, diese führende Kraft und Macht der Deutschen Demokratischen Republik, selber den Kampf gegen die Lügenkampagnen des Westens aufnahmen. Mühelos und überzeugend zerrissen sie das Lügennetz. Der mit amerikanischem Geld ausgehaltenen Revolverpresse verschlug es die Sprache, und ihr tiefes Schweigen über die Pressekonferenz war das ausdrucksvolle Eingeständnis dafür, daß diese unlauteren Journalisten sich diesmal die Finger gründlich verbrannt hatten. Zorn und Empörung und überlegener Witz der Arbeiter vereinigten sich zu einer Kundgebung der Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik und der Kampfbereitschaft gegen diejenigen, die sich an ihr vergreifen wollen.

Inzwischen haben vereinzelte Blätter, die allerdings von der großen Masse der westdeutschen Bevölkerung nicht gelesen werden, ein Geständnis abgelegt. So schrieb die in Stuttgart erscheinende „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ am 27. Februar 1954: „Sämtliche Meldungen über Demonstrationen (in der Deutschen Demokratischen Republik) während der Berliner Konferenz haben sich als unrichtig erwiesen.“

Trotz der knallenden Ohrfeige, die sie auf der Pressekonferenz erhielten, werden die Adenauerschen Feinde der Arbeiterklasse und der Demokratie nicht aufhören, zu versuchen, durch Lüge und Desinformationen Verwirrung zu stiften und die Kluft zwischen der Bevölkerung Westdeutschlands und ihren Landsleuten in der Deutschen Demokratischen Republik noch tiefer

aufzureißen. Denn es ist ja nicht unbekannt, daß in den kapitalistischen Ländern die Millionäre fast alle Zeitungen und Papierfabriken besitzen und daß darum diese Zeitungen im Interesse ihrer großkapitalistischen Herren die Unwahrheit über jene Länder schreiben müssen, in denen die Arbeiter herrschen. Wird also unter der Herrschaft des Großkapitals die Lüge zum Prinzip, um die öffentliche Meinung irrezuführen, so sind in der Deutschen Demokratischen Republik die Zeitungen volkseigen und dienen der sachlichen, wahrheitsgemäßen Information des Volkes.

Mag eine gekaufte Presse westlich der Elbe lügen — die unbestechlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Intellektuellen, die zu Tausenden aus Westdeutschland zum Besuch und zur Prüfung der Verhältnisse in die Deutsche Demokratische Republik kommen, kehren als Botschafter der Wahrheit zurück und knüpfen das feste Band der Verständigung zwischen dem Deutschland diesseits und jenseits der Elbe. So werden nicht Lüge und Spaltung triumphieren. Triumphieren wird die Sache der Wahrheit, die Sache der demokratischen Einheit des friedliebenden Deutschlands über alle seine inneren und äußeren Feinde.

Ausschuß für Deutsche Einheit

Die Pressekonferenz wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses für Deutsche Einheit, dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. HANS LOCH, mit folgenden Worten eröffnet:

Meine Damen und Herren!

Niemals hatte die Presse eine so große Verantwortung gegenüber der Sache der Verständigung und des Friedens, niemals eine so große Verantwortung gegenüber dem Grundsatz der Wahrheit wie in diesen Tagen und Wochen, in denen die Vertreter der Großmächte über das Schicksal Deutschlands, Europas und der Welt beraten. Statt dessen mußten wir in den letzten Tagen und Wochen erleben, daß die Rundfunkstationen und die Presse Westberlins und Westdeutschlands zahlreiche Meldungen über die Deutsche Demokratische Republik veröffentlichten, die mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß standen. Urplötzlich, wie auf ein Signal, lanzieren die Westberliner und ein Teil der westdeutschen Zeitungen übereinstimmend Meldungen über Unruhen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Ausschuß für Deutsche Einheit hat sich erlaubt, heute die Vertreter derjenigen Belegschaften einzuladen, über die diese Tatarennachrichten verbreitet werden. Es sitzen hier zusammen mit Journalisten aus allen Kontinenten nicht die Werkleiter und Direktionsmitglieder, nicht Partei- oder Gewerkschaftssekretäre, sondern einfache Arbeiter aus den großen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik. Sicher nehmen die meisten von Ihnen, meine Damen und Herren von der westlichen Presse, zum erstenmal an einer Pressekonferenz teil, in der die Arbeiter selbst die Möglichkeit haben, sich zu äußern. Daß es bei uns so ist, hat einen sehr einfachen Grund: wir sind eine Arbeiter- und Bauernmacht, die der Stimme der Werktätigen Gehör verschafft.

Nun bitte ich Sie, Herr Staatssekretär Professor Norden, das Wort zu ergreifen.

Die Hintergründe einer Lügenkampagne

Professor NORDEN, Staatssekretär

Meine Damen und Herren!

Liebe Kollegen aus den Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik!

Wenn wir als Deutsche zur Außenministerkonferenz Stellung nehmen, so erkennen wir zwei Standpunkte, die einander gegenüberstehen: Der Standpunkt der Urheber der Militärpakte, die quer durch Deutschland eine Pulverlinie ziehen und bereits in den nächsten Wochen offiziell die westdeutsche Hitler-Armee aus der Taufe heben wollen. Das ist der Standpunkt derjenigen, die sich ausdrücklich weigern, Deutschland einen Friedensvertrag zu geben, die sich weigern, aus Deutschland ihre Besatzungstruppen zurückzuziehen, die sich weigern, die westdeutsche Bevölkerung von den drückenden Militärlasten zu befreien, welche heute schon jede westdeutsche Familie 1000 Mark kosten. Das ist der Dulles-Plan, der aus Westdeutschland bis ins nächste Jahrtausend hinein eine besetzte Kriegsbastion mit Atomwaffen machen will.

Ihm entgegen steht der Molotow-Plan. Er sieht die Befreiung Deutschlands vor — Befreiung vom Zustand der Friedlosigkeit, Befreiung noch in diesem Jahr von der ausländischen Besatzung, Befreiung von knechtenden Verträgen, die Deutschlands Souveränität für immer untergraben und verhindern, Befreiung von allen Reparationen, Befreiung von jeder Form der militärischen Diktatur.

Der Molotow-Plan reißt Westdeutschland aus der internationalen Isolierung heraus und fügt ganz

Deutschland harmonisch in die europäische Völkergemeinschaft ein. Nicht mehr werden sich 6 EVG- und 26 andere europäische Staaten gegenüberstehen, nicht mehr wird ein Teil Deutschlands gegen den anderen ausgespielt, sondern Deutschland und Europa werden endlich Ruhe haben und eins werden.

Giftköche an der Arbeit

Mister Dulles hat in einer seiner Reden auf der Berliner Konferenz ebenso scharfe wie unbegründete Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet. Die hellhörige — oder besser dollarhörige — Presse griff, von der Umgebung des Mister Dulles animiert, das Stichwort auf und eröffnete einen — man kann schon nicht anders sagen als: irrsinnigen Lügenkrieg über die Vorgänge in unseren Betrieben. Es gab da sogar hochinteressante Einzelheiten über das, was in den einzelnen großen Werken, Gruben und Werften der Deutschen Demokratischen Republik passiert sei. Es ist nur erstaunlich, daß die Arbeiter der genannten Betriebe und aller ihrer Abteilungen bis zum heutigen Tage von diesen Vorgängen gar nichts gemerkt haben. Sie haben keine Ahnung, was bei ihnen passiert ist. Ich weiß nicht, sind die Arbeiter der Betriebe so schlecht informiert oder liegt es an etwas anderem? Wir glauben, daß es an etwas anderem liegt, daß man hier nicht aus der Mücke einen Elefanten gemacht hat, weil nicht einmal eine Mücke vorhanden war, sondern daß man gleich den Elefanten in die Welt setzte.

Nun, Sie wissen, aus dem Kopf des Griechengottes Zeus sprang die Pallas Athene, und das war eine schöne Frau, während aus den Köpfen dieser Journalisten nur lauter Enten entspringen, und was für häßliche Enten, die nicht einmal eine lange Lebensdauer haben. (*Zustimmende Heiterkeit*)

Ich habe hier eines der meistverbreiteten englischen Blätter, den „Daily Express“ des Lord Beaverbrock, der einen Artikel bringt unter der Hauptüberschrift: „Es kocht in der Ostzone — Westberlin im Alarm“.



Danach sieht alles so aus, als ob wir jeden Augenblick vor der Eröffnung entweder eines Krieges oder eines Bürgerkrieges ständen. In der Tat ist es so — und wir wissen es sehr gut —, daß in Westberlin oder genauer gesagt in Berlin-Zehlendorf bestimmte uniformierte und nicht-uniformierte Giftköche an der Arbeit sind, die bei uns wirklich etwas zum Kochen bringen wollen; aber ohne Erfolg. Die Zeugen der Erfolglosigkeit sitzen hier im Raume unter Ihnen, und Sie werden nachher Gelegenheit haben, sich mit ihnen zu unterhalten.

Aber das alles geschieht doch nach einem Rezept, das gerade wir Deutschen so gut kennen, weil es ja Hitler war, der in seinem „Mein Kampf“ in der ersten Ausgabe 1925 schrieb:

„Eine Lüge, die nur durch die unbedingte, freche einseitige Sturheit,

mit der sie vorgetragen wird, der gefühlsmäßigen, immer extremen Einstellung ... Rechnung trägt, wird geglaubt.“ (Seite 201/202)

Nach diesem Rezept verfuhr Hitler gegen alle Antifaschisten, gegen alle Demokraten, gegen die Sowjetunion, und so verfahren heute die amerikanischen Imperialisten gegen die Feinde Hitlers.

Der Strategie dieses Kalten Krieges, der ideologische Wortführer und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Washington, James Burnham, formuliert ganz ähnlich wie Hitler in seinem Buch „Strategie des Kalten Krieges“: „Propaganda kann lügen und tut das auch oft; es läßt sich, wenn man nur erfinderisch ist, für jedermann eine Methode finden“, (S. 215), d. h. für jedermann eine Lüge. Hier hat man das offene Eingeständnis eines Hauptorganisations der Kriegshetze, daß die amerikanischen Imperialisten und diejenigen, die mit ihnen gehen, die Lüge als ein ideologisches Hauptkampfmittel verwenden.

Ablenkungsmanöver

Aber sprechen wir nicht nur über die Lügen, sprechen wir über die Ursache, die dieser Offensive zugrunde liegt! Die Ursache liegt darin, daß die Molotowschen Vorschläge eine tiefgehende Wirkung in ganz Europa, vor allem aber in Westdeutschland selbst gehabt haben und noch haben. Sie haben die Hoffnung auf eine friedliche Entspannung der deutschen Situation und der internationalen Lage beflügelt. Molotows Vorschlag, die Deutschen selbst ihre Sache vor den in Berlin versammelten Außenministern vertreten

zu lassen, ist eine Sache des gesunden Menschenverstandes, und die Massen unserer Bevölkerung können beim besten Willen nicht verstehen, weswegen die drei Außenminister der Westmächte es ablehnen, in der Hauptstadt Deutschlands die Deutschen zu ihrer Konferenz zuzulassen, während doch sogar der Außenminister Österreichs gehört wird.

Wir wissen, daß die den Dollar verteilenden und die vom Dollar lebenden politischen Kräfte in Deutschland keine Verständigung wollen, weil eine Verständigung zur Abrüstung, zur Überwindung der Grenzen innerhalb Deutschlands führt, weil aber die Aufrechterhaltung der Spannungen zur Aufrüstung führt und zur Erhöhung der Spannungen, an der Amerikas Kriegsminister, der gleichzeitig der Präsident eines der größten Kriegskonzerne ist, ebenso verdient wie das ganze Gremium von Kanonenkönigen und Großbankiers, die hinter Adenauer stehen. Darum suchen sie verzweifelt nach Mitteln zur Torpedierung der Verständigung. Deswegen wurde im Namen der Verschärfung des Kalten Krieges ein ganzes System von Schwindeleien über die angebliche Mißstimmung unter den Arbeitern der Deutschen Demokratischen Republik entworfen und erfunden.

Aber ich darf Ihnen aus eigener Erfahrung und aus der Erfahrung vieler anderer Redner und politischer Funktionäre der Deutschen Demokratischen Republik sagen, daß nie unsere Belegschaftsversammlungen in den Betrieben einen solchen Elan der Zustimmung hatten, daß nie bei unserer Bevölkerung das Einverständnis mit der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik so stürmisch war wie ge-

rade in diesen Tagen und Wochen. (Beifall)

Warum? — Darum, weil jetzt auch jene, die vielleicht früher gezweifelt haben, sich an Hand des Verlaufes der Berliner Außenministerkonferenz überzeugen konnten, daß die Sowjetunion, mit der die Deutsche Demokratische Republik in einem engen, brüderlichen Verhältnis steht, allein unter den vier Teilnehmern der Berliner Konferenz die Vorschläge unterbreitet hat, die zur Schaffung eines Deutschlands ohne Unruhen, ohne fremde Bajonetherrschaft, ohne die Aufpeitschung Deutscher gegen Deutsche führen — eines Deutschlands, das in demokratischer Einheit und Freiheit einen geachteten und würdigen Platz unter den Mächten Europas und der Welt einnimmt. (Beifall)

Die Deutschen aber sollen — das ist das Ziel dieser Lügenoffensive gegen uns — Molotows Vorschläge vergessen und stattdessen über Unruhen in Ostberliner und DDR-Betrieben sprechen. Die westdeutsche Bevölkerung soll sich nicht länger aufregen über die Erhöhung der Mietpreise, der Margarinepreise, der Kakao- und Schokoladenpreise, der Seifenpreise. Sie soll die Erhöhung der Verkehrstarife, besonders für die Arbeiter, und die jetzt angekündigte Erhöhung der Porto- und Telefongebühren schweigend hinnehmen. Die Arbeiter Westdeutschlands sollen darüber hinweggetäuscht werden, daß sie in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahre 1953 ihre Arbeitsproduktivität um 8,1 % erhöhten, daß aber gleichzeitig die Durchschnittslöhne um 2,2 % gesenkt wurden. Um sie abzulenken von dieser Preishausse und Lohnbaisse, von der Neun-Milliarden-Belastung der Verbraucher durch die von der Regierung West-

deutschlands zur Deckung der Auf-
rüstungs- und Besatzungskosten orga-
nisierten Preiswucherei, darum spricht
man über Unzufriedenheit in der
Deutschen Demokratischen Republik,
damit die reale Unzufriedenheit der
westdeutschen Bevölkerung nicht
sichtbar und laut werde.

Die Vorbereitung zum „kühneren Spiel“

Die „Neue Zeitung“ setzt dieses
Treiben bis zu ihrer heutigen Morgen-
ausgabe fort. Was aber wirklich
dahintersteckt, das verrät niemand
anders als das Hauptblatt des ameri-
kanischen Großbürgertums, die „New
York Times“, die in ihrer Ausgabe
vom 9. Februar aus Berlin meldet —
ich zitiere —:

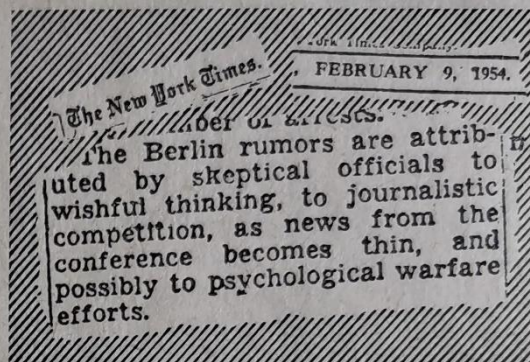
*„Zuverlässige Informationen, die aus
einer Anzahl ostdeutscher Industrie-
gebiete berichtet werden, bezeugen,
daß dort alles ruhig ist.“*

Aber Sie erinnern sich: im „Tele-
graf“, „Tagesspiegel“, „Neue Zeitung“
usw. hieß es, daß nicht nur alles un-
ruhig ist, sondern daß der Anfang
einer Revolution bevorsteht. Die
„New York Times“ bestätigt: es ist
alles ruhig, und sie setzt fort:

*„Auch eine Fahrt durch die Bannmeile
von Berlin sowie innerhalb wie außer-
halb der Stadtgrenzen Berlins zeigte
keine Zeichen irgendwelcher Polizei-
konzentrationen. Ein Reisender, der
gestern die Leuna-Werke besuchte,
erklärte, daß er nicht die geringsten
Unruheanzeichen bemerkt habe.“*

Und nun kommt das Interessanteste.
Das Blatt schließt, daß „die Berichte
über Unruhen, Verhaftungen oder
Vorbeugungsmaßnahmen gegen Un-
ruhen“ — ich zitiere die „New York

Times“ — „Wunschträume oder jour-
nalistischer Wetteifer und Versuche
der psychologischen Kriegführung“
sind.



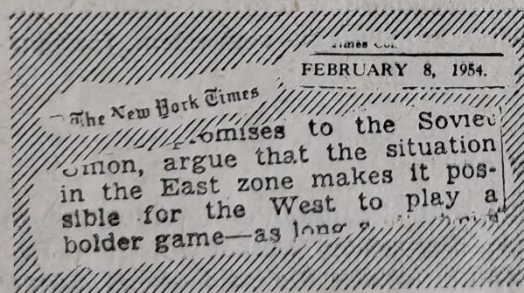
Die „New York Times“ sagt hier
mit anderen Worten eigentlich nur
das, was wir selber in unserer Presse
sagen: daß man einen neuen 17. Juni
organisieren möchte. Und wenn ich
frage: wer ist „man“, dann antwortet
die „New York Times“ selber, wer
dieser „man“ ist, in einem Bericht
aus Berlin, der am 8. Februar er-
schien und in dem es heißt:

*„Einige westalliierte Beamte hoffen,
daß Unruhen in der Sowjetzone mög-
lich sind. Sie argumentieren, daß dann
die Situation in der Ostzone es dem
Westen möglich machen würde, ein
kühneres Spiel zu spielen.“*

Ich glaube, auch das bedarf keiner
Verdolmetschung und keiner Er-
klärung; denn die Worte „ein küh-
neres Spiel“ sind doch nur Syno-
nyme, sind Deckworte für neue be-
absichtigte Provokationen.

Wir wissen, daß seit Anfang Fe-
bruar der amerikanische und der
englische Geheimdienst in Westberlin
ihre Agenten in die Städte der
Deutschen Demokratischen Repu-
blik geschickt haben zur Agitation

gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Sowjetunion. Uns sind auch die Namen der dafür Verantwortlichen genau bekannt. Wir wissen auch, daß vor noch nicht vier Wochen der Leiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, der berühmte Tillich, exakte Anweisungen an seine Mitarbeiter zur Sabotage in den Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik und zur Verbreitung gefälschter Verfügungen gegeben hat, die angeblich von den Regierungsorganen der Deutschen Demokratischen Republik ausgehen und dazu bestimmt sind, Betriebe und das Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik durcheinanderzubringen. Freilich, Anweisungen sind eine Sache, und sie durchführen ist eine andere. Wir haben auch da zum Glück die Wachsamkeit unserer eigenen Bevölkerung, die durch diese Dinge einen Strich macht. (Beifall)



Aber es sind z. B. in den letzten Tagen Brandstifter in unsere Hände gefallen, die Scheunen in Flammen setzten und die bei ihren Aussagen erklärt haben, daß sie ihre Aufträge im „Amerika-Haus“ in Westberlin von führenden Beamten der Tillich-Kampfgruppe, darunter einem, der sich Hans Beier nennt, erhalten haben. Ein anderer Agent namens

Wolte, der ebenfalls von der Tillich-Kampfgruppe angeworben wurde, und zwar von einem Agenten unter dem Namen „Franz“, ließ durch Wegnahme von Hemmschuhen mehrere Waggons zusammenprallen — für insgesamt 300 Westmark Belohnung. Er hat jetzt Zeit, darüber nachzudenken, ob sich die Sache für ihn ausgezahlt hat oder nicht.

Auf der sogenannten „Grünen Woche“, die bis zum 7. Februar in Westberlin stattfand, wurden Besucher aus der Deutschen Demokratischen Republik ins Hotel am Funkturm geschleppt, wo eine Agentenzentrale, und zwar sowohl aus Personen der Kampfgruppe wie der sogenannten Freiheitlichen Juristen bestehend, ihnen ganz konkrete Aufträge zur Untergrabung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gaben und außerdem versuchten, die Besucher mit Hetzschriften und Flugblättern verleumderischer Art gegen unsere Regierung und gegen die Sowjetunion in die Deutsche Demokratische Republik zurückzuschicken.

Sie sehen aus alledem, meine Damen und Herren, daß die Mächte, die Deutschland den Friedensvertrag verweigern, einen recht aktiven Kleinkrieg gegen die Deutsche Demokratische Republik führen.

So glauben wir, daß es Zeit ist, uns von dieser Stelle an alle Menschen guten Willens in ganz Deutschland zu wenden. Mögen sie zur Kenntnis nehmen — und nicht nur sie, sondern auch die Vertreter der internationalen Presse, die in diesen Tagen in den Mauern unserer Hauptstadt weilen —, daß die Zeitungen, die am phantasievollsten über Unruhen in der Deutschen De-

mokratischen Republik schreiben, dieselben Zeitungen sind, die die höchsten Subventionen von den Amerikanern bekommen: der Westberliner „Telegraf“ mit jährlich 800 000 Mark, der „Tagesspiegel“ mit 600 000 Mark, der „Abend“ und der „Tag“ mit je 500 000 Mark! Mögen alle anständigen Menschen diejenigen, die vom Bestechungsfonds des amerikanischen Hochkommissariats leben, mit Verachtung strafen und ihnen nicht glauben! (Beifall) Mögen sie wissen, daß jede Sendung und Meldung der von der amerikanischen Regierung besetzten und von amerikanischen Beamten geleiteten Rundfunkstation RIAS nicht der Information, sondern der Desinformation dient!

Wörtlich erklärte der Leiter der Politischen Abteilung des RIAS, der Amerikaner Ewing, auf einer Besprechung der RIAS-Mitarbeiter am 21. Dezember 1953 — beachten Sie das Datum —:

„Es geht jetzt darum, mit Hilfe der Propaganda die Sowjetunion zum Schuldigen am Scheitern der Berliner Konferenz zu machen.“

DR. LOCH, Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Ich danke Ihnen, Herr Professor, für Ihre Ausführungen. Ich denke, daß wir nun in die Diskussion eintreten. Die Damen und Herren insbesondere der westlichen Presse haben jetzt reichlich Gelegenheit, sich einen Überblick über das zu verschaffen, was zur Zeit im Westen besonders zur Debatte steht, näm-

Das war mehrere Wochen, bevor die Berliner Konferenz überhaupt anfing; da haben diese Leute schon das Scheitern der Konferenz in ihre Hand genommen und vorbereitet.

Wir denken, daß es an der Zeit ist, daß die Deutschen und alle anständigen Menschen, die außerhalb Deutschlands für die Verständigung und gegen den Krieg arbeiten, den Spaltern der Völker, den Spaltern unserer Nation, eine Abfuhr erteilen; daß sie erkennen, daß sich die Deutsche Demokratische Republik von allen Kräften befreit hat, die Hitlers Krieg herbeiführten, finanzierten und unterstützten, während in Westdeutschland gerade diese Kräfte an der Macht sind. Wir können jedenfalls sagen, daß die 18 Millionen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik vom Frieden träumen. Sie denken an den Frieden, sie leben und handeln für den Frieden, und — wir sind dessen sicher — sie werden dem Frieden und der Einheit Deutschlands zusammen mit den vaterländischen Kräften westlich der Elbe zum Siege verhelfen. (Lebhafte Beifall)

lich die „beginnende Revolution“ in der Deutschen Demokratischen Republik. Fragen Sie die Kumpel, hören Sie die Menschen, die an der Maschine stehen, die also zum mindesten wissen müssen, ob in ihren Betrieben Unruhen gewesen sind, und Sie werden mit einer anderen Vorstellung wieder in den Westen zurückkehren.

Ein Originaldokument

das beweist, wie die Beauftragten der USA-Regierung während der Berliner Außenministerkonferenz versuchten, Unruhen in der DDR zu organisieren.

Hauptabt. Politik.

Für. Abt. Politik/ Interviewer.

Die Interviewer werden gebeten, sämtliche Berichte über Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Funktionären der SED, oder Kundgebungen der Unzufriedenheit, unmittelbar an die Hauptabteilung zu melden.

Ausserdem wird gebeten, die Berichter anzuweisen in ihrem Bereich im Sinne des 17. Juni 1953 zu wirken.

den 8.2.1954

Zurück am 12.2.54

Geisler
(G. A. Bring)

Wir lassen uns in unserer Aufbauarbeit nicht stören

Da die anwesenden Vertreter der Westpresse keine Neigung zeigten, von dem Angebot Dr. Lochs Gebrauch zu machen, meldeten sich als erste unsere Arbeiter.



FRANZ BEUTEL, Braunkohlenwerk
Phönix, Kreis Altenburg

Meine Damen und Herren!

Liebe Kollegen!

Ich bin ein Arbeiter, und ich spreche die Sprache des Kumpels. Als Arbeiter eines Braunkohlenwerkes möchte ich zu einigen Punkten Stellung nehmen: Ich spreche im Namen aller Kumpel unseres Werkes. Wir verurteilen auf das schärfste die amerikanische Hetzpropaganda, die gegenwärtig losgelassen wurde. Diese sogenannte Propaganda — so sagen unsere Kumpel — ist nichts anderes als ein erneuter Schwindel und eine infame Lüge, die von seiten der amerikanischen und

deutschen Imperialisten gestartet wurde.

Mir ist das eine klar, daß diese elenden Parolen dazu dienen sollen, die gegenwärtige Außenministerkonferenz in Berlin zum Scheitern zu bringen und zu stören. In unserem Betrieb ist zur Zeit eine sehr gute Stimmung, und unsere Kollegen verfolgen interessiert und gespannt die Verhandlungen der Außenministerkonferenz. Sie haben aber auch gleichzeitig erkannt, daß es wieder der Außenminister der Sowjetunion, Molotow, ist, der mit klaren, präzisen Fragen und konkreten Vorschlägen den Westmächten aufzeigt, wie die Deutschlandfrage gelöst werden kann. Er entlarvt aber auch gleichzeitig die Winkelzüge der anderen drei Außenminister und stellt sie vor der Weltöffentlichkeit bloß.

Die Bergarbeiter in unserem Betrieb diskutieren eifrig über die Probleme, und es herrscht Ruhe und Ordnung. Wir führen einen harten Kampf um die Erfüllung unserer Pläne. Das ist nämlich das, was wir den westlichen Imperialisten entgegensetzen können. Hierzu ein Beispiel: Auf Grund der Witterungsverhältnisse ist unser Plansoll etwas gesunken. Das war für uns ein Anlaß, einen Kampfplan zu erarbeiten und einen Wettbewerb zu organisieren, welcher vorsieht, die Planrückstände schnellstens aufzuholen. Unsere Kollegen, welche den Schichtplan erfüllen, bekommen jeder 2 Mark und, wenn sie mehr erfüllen, 3 Mark sofort nach Schichtschluß ausgehändigt. Die Produk-

tionsergebnisse der letzten zwei Tage sind 100,4 Prozent und 100,17 Prozent. Sie sehen also, daß wir alles daransetzen, um die Produktion noch zu steigern. Wir sind uns auch im klaren, daß wir in der Arbeit in vorderster Reihe stehen, und wir werden nicht zulassen, daß unsere große Aufbauarbeit und Erfolge von den

imperialistischen Mächten zerstört werden. Dann würden wir genauso kämpfen wie wir heute arbeiten. Wir wollen arbeiten und im Frieden leben, wir wollen arbeiten und leben in einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland für eine bessere Zukunft. (Beifall)

Die Buna-Arbeiter und der Eden-Plan

Vertreter der „Tribüne“

In den westlichen Zeitungen wurde vor einigen Tagen behauptet, daß es in den volkseigenen Buna-Werken zu einer Demonstration der Arbeiter und Angestellten für den Wahlplan des britischen Außenministers Eden gekommen sei. Ich habe die Frage, ob ein Kollege aus den Buna-Werken anwesend ist, der darauf antworten kann?

PROFESSOR NORDEN

Ich darf dazu ergänzend sagen, daß der Westberliner „Tag“ in der Tat gemeldet hat, daß es sogar Demonstrationen gegeben habe und daß man vergeblich versucht habe, die Arbeiter der Buna-Werke zu beruhigen. Dasselbe hat auch der Vertreter der „Welt“ in Berlin an sein Blatt berichtet, das ja bekanntlich von dem früheren journalistischen Steigbügelhalter des Generals Schleicher geleitet wird, dem Herrn Zehrer, der so schon einmal dem Faschismus mit zur Macht verholfen hat. — Ich darf fragen, ob hier Vertreter von Buna sind?

KURT MARTIN

Ich bin selbst Arbeiter in den Chemischen Werken Buna. Als uns bekannt wurde, daß der „Tag“ und einige andere Westberliner Tageszeitungen diese Lügenmeldungen herausbrachten, war die Antwort der Buna-Arbeiter folgende: Wir haben sofort demonstrativ von uns aus erklärt, daß wir das nicht so ruhig hinnehmen können, und haben in fast jeder Abteilung des Werkes freiwillig unsere Unterschrift dafür gegeben, daß die Meldungen des „Tag“ und der anderen Westberliner Presse eine einzige Lüge sind. Wahr ist, daß wir unseren Plan vorfristig erfüllt haben. Wahr ist, daß wir 15 000 Buna-Arbeiter freiwillig erklärt haben, daß wir hinter den



Vorschlägen des Außenministers Molotow stehen. Wahr ist, daß wir den Eden-Plan ablehnen. Wahr ist, daß wir erklärt haben, treu hinter unserer Regierung zu stehen und

mit unseren Kräften unsere Arbeiter- und Bauernmacht zu stärken, indem wir uns verpflichtet haben, unseren Monatsplan vorfristig zu erfüllen. (Beifall)

So war es bei Bergmann-Borsig

Vertreter der „Berliner Zeitung“

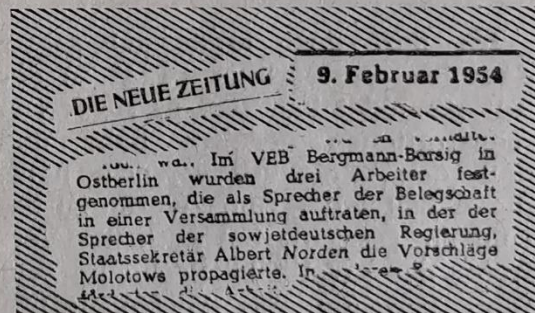
Sie haben, Herr Staatssekretär Norden, wenn ich mich recht erinnere, vor einigen Tagen im volkseigenen Bergmann-Borsig-Werk gesprochen. Ich glaube, daß auch hier die Westberliner Presse behauptet hat, in der Diskussion hätten Arbeiter gegen ihre Ausführungen Stellung genommen; drei von ihnen seien verhaftet worden. Mich würde interessieren, ob Arbeiter aus dem Bergmann-Borsig-Werk hier sind und was sie zu diesen Meldungen sagen.

KURT JEKSCCHAT, Bohrwerksdreher,
VEB Bergmann-Borsig, Berlin

Ich war selbst in dieser Versammlung. Ich möchte auch betonen, daß der Saal voll war, und es wurde keiner gezwungen. Denn Ihr könnt Euch vorstellen: wir sind etwa 4000 Menschen, die in dem Betrieb arbeiten, und der Saal faßt nur 800, im Höchstfall 1000 —, und der Saal war ganz voll, das möchte ich betonen. Es haben Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Nicht, daß sie zu einer Diskussion gezwungen worden sind, sondern sie haben freiwillig gesprochen und ihre Meinung gesagt. Wenn jetzt noch einer dabei gewesen wäre, der vielleicht dagegen gesprochen hätte, dann hätte ich die

Lüge noch verstehen können, aber von den Diskussionsrednern und -rednerinnen war ja niemand dagegen. Das sagte auch unser Staatssekretär Prof. Norden in seinem Schlußwort, daß keiner dagegen gesprochen hat, daß sie also alle damit einverstanden gewesen sind. Deswegen hat es mich sehr gewundert, als ich in unserer Presse las — denn ich habe keine Gelegenheit und ich suche auch keine Gelegenheit, die Westpresse zu lesen —, daß bei uns drei Kollegen verhaftet worden seien.

Bei uns war es nun so: Es kamen sofort Pressevertreter und fragten, ob einer der Diskussionsredner verhaftet worden ist. Sie sind aber alle



da, und — ich brauche gar nicht zu übertreiben — sie haben alle gelacht.

Ich möchte jetzt von mir aus einmal fragen, ob vielleicht ein Journalist oder ein Verantwortlicher von der „Neuen Zeitung“ da ist. Da stand es doch wohl drin in der Nummer 33

vom 9. Februar. Wenn dieser Journalist da ist, würde ich ihn bitten, daß er — ich bin ja groß, er sieht mich — nachher zu mir kommt, oder ich komme auch gern zu ihm hin, und wir wollen uns privat unterhalten, wie er dazu kommt, solch ein Ding da reinzuhauen. (Heiterkeit) Wir wollen uns doch alle verständigen und doch nicht Gehässigkeit üben. Ich kenne die Kollegen, die hier sind, gar nicht. Ich kenne sogar zwei aus meinem eigenen Betrieb nicht, die hier sind; hier sitzt ein Intelligenzler von uns und noch ein Kollege, die ich nicht kenne, weil wir 4000 Mann Belegschaft sind. Wir haben uns auch nicht vorher abgesprochen, sondern sprechen so, wie wir hergekommen sind.

Dann möchte ich noch eins sagen — das können die westdeutschen Journalisten ruhig schreiben —: Ich bin ein Arbeiter von jung auf, habe den Vater im Kriege verloren, habe jetzt selbst die Frau und drei Kinder im Kriege verloren. Ich bin dafür, daß es keinen Krieg mehr gibt. Wir haben mühsam unser Werk wieder aufgebaut, das von den amerikanischen Bomben getroffen worden ist und das wir uns mühsam aufgebaut haben. Wir haben acht Stunden gearbeitet, und dann haben wir vielleicht noch vier Stunden freiwillig geschubbert, um unseren Betrieb wieder aufzubauen. Ich sage ganz offen und ehrlich — Ihr könnt das mit hineinschreiben —: Wenn jemand seine dreckigen Finger danach ausstreckt, dann bin ich da und haue ihm anständig auf die Finger, obwohl ich schwerbeschädigt bin. Aber ich haue jedem anständig auf die Finger, der kommt und un-

seren Betrieb vielleicht wieder einmal kaputtschlagen will.

Ich bitte, daß die westdeutschen Journalisten — wir sind doch alle Deutsche — einmal ein ehrliches Wort von uns hineinschreiben. Wir hier sind nicht ausgesucht worden. Man hat gefragt, wer gehen könnte; denn Arbeit haben wir alle und gebraucht wird jeder. Ich bin bekannt im Betrieb wegen meiner großen Schnauze und da haben die Kollegen gesagt: Geh' du hin und sage ihnen die Wahrheit! — Also schreibt, und wir wollen sehen, ob das drinsteht, was wir berichtet haben! (Beifall)

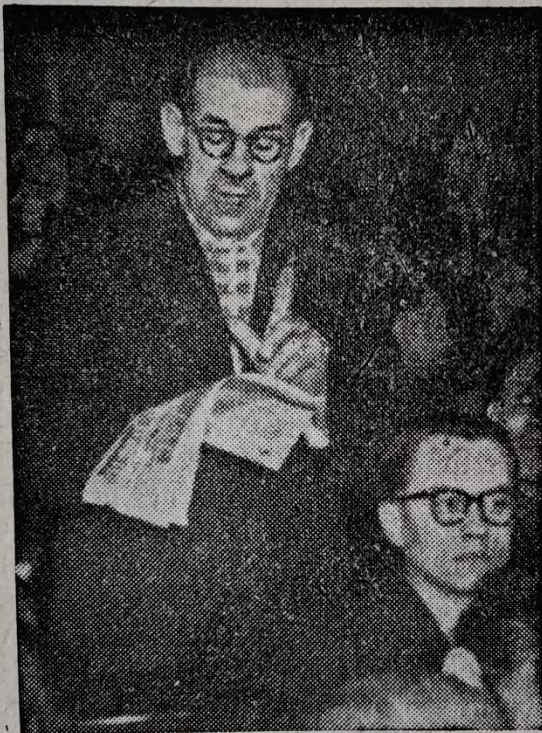
PROFESSOR NORDEN

Ich habe lebhaft Befürchtungen, daß sich der Journalist der „Neuen Zeitung“ nicht bei Ihnen meldet. Ich kann aber das, was Sie eben sagten über den Verlauf der Versammlung, bestätigen. Ich hatte selber in meinem Referat gebeten, daß sich dort Kollegen, die nicht meiner Meinung seien oder Zweifel an der Politik der Regierung haben, zu Worte melden möchten. Es haben in der Tat 11 Kolleginnen und Kollegen gesprochen, alte und junge, Männer und Frauen: auch ein Umsiedler, der Schweres durchgemacht hat. Er erklärte in sehr ergreifenden Worten, daß erst die Deutsche Demokratische Republik ihm in jeder Beziehung wieder festen Boden unter die Füße gegeben habe. Ein Ingenieur von der technischen Intelligenz sagte, daß sie deshalb die Deutsche Demokratische Republik mit Zähnen und Klauen verteidigen würden.

Es ist wirklich erstaunlich, wie nach einer Versammlung, die einen so begeisternden Verlauf genommen hat, Menschen hingehen können und an dem Orte dieser Versammlung, in Berlin, diesen Dreck da produzieren können. — Ich glaube, die Sache hat aber wie ein Bumerang gewirkt. Als nämlich die 4000 Kolleginnen und Kollegen von

Bergmann-Borsig davon erfahren haben — und es ist dafür gesorgt worden, daß jeder und jede einzelne davon erfährt —, da haben auch noch die wenigen Dutzende, die vielleicht noch nicht vollständig von der politischen Entartung der Amerikaner überzeugt waren, die Nase von der amerikanischen Politik voll bekommen.

Molotows Vorschläge sind uns aus dem Herzen gesprochen



PETER WALKOWIAK
Farbenfabrik Wolfen, Bitterfeld

Ich bin Arbeiter. Neben mir sitzt mein Kollege Arno Henschel. Wir kommen beide aus der Farbenfabrik Wolfen. Wir haben im „Telegraf“ von Unruhen und Demonstrationen in Bitterfeld gelesen.

Wir sprechen eine klare und deutliche Sprache. Ich möchte auch von den Pressevertretern heute eine klare Antwort haben. Wenn der Betreffende hier ist, soll er zu diesem Punkt Stellung nehmen. Ich bestätige ausdrücklich: in der Farbenfabrik Wolfen sowie im Kreis Bitterfeld ist von diesen Sachen nicht das geringste bekannt. Unsere Arbeit läuft auf vollen Touren, und jeder Kollege im Betrieb ist sich voll der Pflicht bewußt, unsere Pläne zu erfüllen. Er sieht den Aufstieg unserer ganzen Arbeit und denkt nie an solche Dinge, wie sie hier zusammengeschwindelt werden. Die Pressevertreter mögen doch nicht glauben, daß sie mit solchen Meldungen etwas erreichen. Wenn ich mit dieser Zeitung zu unseren Kollegen komme und ihnen das zeige, was für ein Schwindel hier aufgezogen wird, dann kommen die Kollegen immer mehr zur Erkenntnis und verstehen immer mehr, mit welcher häßlichen Manövern, die Presse in Westdeutschland arbeitet.

Ich kann hier auch versichern, daß unsere Kollegen von der Rede Molotows wirklich von Herzen be-



geistert sind, daß unsere Kollegen wirklich klar erkennen, daß Molotow eine klare Linie aufzeigt und auf welcher Basis wir nur zu einem besseren und friedlichen Verhältnis kommen werden. Die Friedenspolitik wird klar und deutlich von allen Kollegen der Farbenfabrik und auch im Kreise Bitterfeld immer mehr erkannt.

PROFESSOR NORDEN

Kollege Walkowiak, darf ich die Frage stellen, ob es in Bitterfeld, wie in der westlichen Hetzpresse — nicht in der ganzen westlichen Presse; es gibt eine ausgesprochene Lügenpresse und es gibt auch Zeitungen, die immerhin in dieser Frage Reserve halten — gemeldet wurde, Demonstrationen gegen die Regierung gegeben hat. Das Werk ist dort in der Nähe.

KOLLEGE WALKOWIAK

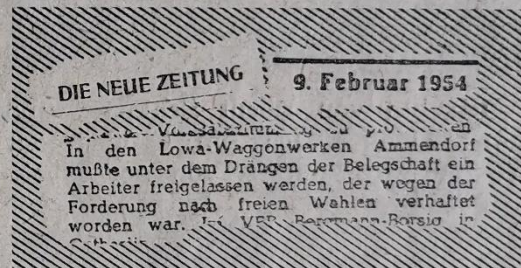
Nein, in Bitterfeld hat es nie Demonstrationen gegeben, d. h. am 17. Juni ist etwas aufgeputscht worden, aber doch jetzt nicht. Am 17. Juni, da haben es einige Elemente fertiggebracht, unsere Kumpel aufzuwiegeln. Da sind verschiedene nach Bitterfeld gezogen

und haben dort unter einer falschen Fahne demonstriert. Aber als sie das erkannten, als die Losung „Sturz der Regierung“ vorgebracht wurde, sind sie von diesen Demonstrationen weggegangen und sind in die Betriebe zurückgekehrt, außer einigen korrupten Elementen, die das immer mehr auf die Spitze treiben wollten.

ERICH FRIEDRICH

LOWA Waggonfabrik Ammendorf

Ich bin ein parteiloser Arbeiter. Ich bitte den westlichen Journalisten, der in der „Neuen Zeitung“ vom 9. Februar dieses Jahres die Lügenmeldung schrieb, in der



Waggonfabrik Ammendorf wäre ein Arbeiter, der die Forderung auf freie demokratische Wahlen stellte, verhaftet worden, uns zu sagen, warum er den Namen des Arbeiters nicht genannt hat. Man hätte nämlich dann alle unsere Belegschaftsmitglieder einsperren müssen, denn alle unsere Kumpel sind für ein einheitliches, demokratisches Deutschland; allerdings nicht im Sinne der „Neuen Zeitung“! (Beifall)

Ich habe Unterschriften gesammelt

ARNO HENSCHEL
Farbenfabrik Wolfen



Ich bin von Beruf Schlosser und bin parteilos. Ich bin kein großer Redner, ich komme von der Werk-

bank. Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich nicht so reden kann. Ich möchte hier zur Kenntnis geben, daß ich Unterschriften gesammelt habe, und zwar haben wir den Bundesvorstand des FDGB gebeten, er möchte sich doch mit dem DGB in Verbindung setzen, daß wenigstens die Deutschen einig werden und zu Verhandlungen kommen. Diese Unterschriften habe ich gesammelt. Wir sind in der Werkstatt 86 Kollegen. Ich bin zu jedem Kollegen gegangen und habe ihm den Zettel hingelegt und gesagt, worum es sich handelt. Ich habe gesagt: du kannst unterschreiben, du kannst es aber auch lassen, du wirst nicht gezwungen; wenn du nicht einverstanden bist, dann laß es ruhig. Ich muß hier erklären: sämtliche Kollegen außer den Urlaubern und Kranken haben freiwillig, ohne Zwang unterschrieben.

Arbeiter belehren den Nordwestdeutschen Rundfunk

Der Vertreter des Nordwestdeutschen Rundfunks, Dietrich, fragt, ob von Funktionären der politischen Parteien oder der Regierung in den Betrieben Reden gehalten worden sind, wonach die Forderung nach freien gesamtdeutschen

Wahlen eine faschistische Forderung sei.

PROFESSOR NORDEN

Ich bitte die Kollegen der Betriebe, sich zu melden, ob solche Reden gehalten worden sind und es dann freimütig zu sagen.

Wir wollen keine Wahlen mit Kesselring und Ramcke

FRANZ JAHN

Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Ich möchte auf die Frage des Vertreters des Nordwestdeutschen Rundfunks antworten. Jawohl, es haben Versammlungen in den Betrieben stattgefunden, und wir haben auch offen dazu Stellung genommen. Wir, die gesamte Arbeiterschaft der Deutschen Demokratischen Republik, sind für freie Wahlen, aber ohne faschistische Parteien, ohne Militärverbände. Wir sind für die Bildung einer provisorischen Regierung, die uns die Grundlagen gibt, daß nicht nur formal-demokratische, sondern wirklich demokratische Wahlen stattfinden, wie wir sie uns als Arbeiter vorstellen. (*Lebhafter Beifall.*)

WALTER SCHENZIG

Braunkohlenwerk Zechau

Auch in unserem Betrieb, der 1800 Mann Belegschaft umfaßt, wurden Versammlungen durchgeführt, und es wurde auch zu dem Thema freie Wahlen Stellung genommen. Bei uns ist die Meinung: wir sind für freie Wahlen, aber nur für demokratische. Wenn Herr Adenauer erklärt, daß er nur für eine gesamtdeutsche Regierung ist, die den EVG-Vertrag anerkennt, so sind wir Bergarbeiter nicht damit einverstanden. Das wollen wir eindeutig sagen. Das möchte ich nur noch zu den Ausführungen meines Vorredners ergänzen.

PROFESSOR NORDEN

Ich darf noch ergänzen, daß der Herr vom Nordwestdeutschen Rundfunk besonders qualifiziert ist, über

freie Wahlen zu sprechen, weil der Nordwestdeutsche Rundfunk noch nie einem Kommunisten oder einem sonstigen konsequenten Gegner des EVG-Vertrages oder des Bonner Vertrages bisher erlaubt hat — nicht einmal vor den Wahlen am 6. September — vor das Mikrofon des NWDR zu treten. (*Zutuf: Das ist auch Demokratie!*)

Ja, das ist auch Demokratie. So sieht die Freiheit der Wahlen in Westdeutschland aus.

KNIPPEL

VEB Bergmann-Borsig, Berlin

Ich möchte auf die Frage des Reporters des Nordwestdeutschen Rundfunks folgendes antworten: Auch in unserem Großbetrieb Bergmann-Borsig wurde, dem Wunsche der Belegschaft entsprechend, selbstverständlich über freie demokratische Wahlen gesprochen. Selbstverständlich wurden auch hier die Unterschiede herausgestellt, was wir als Werktätige eines volkseigenen Betriebes unter demokratischen Wahlen verstehen und was man drüben in Westdeutschland unter sogenannten „freien“ Wahlen versteht.

Ich möchte bemerken, daß wir im volkseigenen Betrieb Bergmann-Borsig 1945 Trümmer und nichts als Trümmer übernommen haben und daß wir Werktätigen unseres Betriebes mit Hilfe der Bevölkerung Berlins angefangen haben, geschuftet haben, gearbeitet haben und das erreicht haben, was wir heute vor uns stehen sehen,

einen herrlichen, grandiosen Betrieb. Und das wollen wir nicht noch einmal zerstört sehen. Darum treten wir für wahre demokratische Wahlen ein. Das heißt, wir müssen erst dafür sorgen, daß die Voraussetzungen zur Durchführung dieser Wahlen geschaffen werden. Es dürfen also nicht mitwählen und nicht die Wahl beeinflussen die Herren Generale Ramcke, Kesselring usw., sondern wählen muß das arbeitende Volk, das sind wir. Wir haben das Recht im Staate. Wir haben heute eine Arbeiter- und Bauernmacht. Wir haben uns gequält, und wir sind stolz auf unsere Erfolge, die wir errungen haben. Darum betone ich nochmals: wir sind für freie Wahlen, aber für wahrhaft freie, demokratische Wahlen, die im Sinne der Arbeiterschaft, im Sinne der Bauern und der schaffenden Intelligenz liegen. *(Beifall)*

PROFESSOR NORDEN

Ich glaube, mein Herr vom Nordwestdeutschen Rundfunk, Sie sind bedient. Es tut mir leid für Sie. Es scheint, daß die anwesenden Kollegen nicht so sehr für die Millionärswahlen sind, sondern für die Millionenwahlen, nicht für Wahlen, wie sie Adenauer in Westdeutschland gemacht hat, mit Fälschungen, die er jetzt selbst hat eingestehen müssen, und mit den Millionen Mark des Herrn Pferdmeßes und des Herrn Krupp, sondern Wahlen, die wirklich unbeeinflusst sind von den Kräften, die uns schon in zwei Weltkriege getrieben haben und die heute an der Spitze Westdeutschlands den dritten vorbereiten.

Der Vertreter des Nordwestdeutschen Rundfunks stellte weitere Fragen nach der Art der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen.

PROFESSOR NORDEN

Sie nehmen da eine Frage vorweg, mein Herr. Sie wissen genau, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen hat, daß diese Frage von den Repräsentanten beider Teile Deutschlands in gemeinsamen freundschaftlichen Verhandlungen entschieden werden soll. Sie können selbstverständlich auch die Meinung unserer Betriebskollegen darüber hören. Aber gerade um diese Verhandlungen nicht zu präjudizieren, um sie nicht zu schädigen, haben wir bisher Abstand genommen, uns in Einzelheiten zu begeben, um keine Vorwände zu geben, diese Verhandlungen nicht zu beginnen. Faschisten und Militaristen müssen allerdings ausgeschaltet werden. Davon werden in der Tat tausende Organisationen in Westdeutschland betroffen werden, jene Soldatenbünde und die Feldmarschälle, die den alten Hitlergeist in Westdeutschland wieder erwecken wollen. Selbstverständlich werden aber die großen Parteien an den Wahlen teilhaben. Das ist aber eine Sache, die man, gerade um das Zustandekommen gesamtdeutscher Verhandlungen nicht zu erschweren, den Verhandlungen selbst vorbehalten soll, die doch eines Tages zwischen den Repräsentanten beider Teile Deutschlands zustande kommen und auch zu einer Einigung führen werden.

Anschauungsunterricht über „objektive Berichterstattung“

Auf die Frage des Herrn vom Nordwestdeutschen Rundfunk hätte ich folgendes zu sagen: Ich komme zufällig aus dem Betrieb, in dem am Dienstag die zwei Herren von der britischen Nachrichtenagentur und der Redakteur der Zeitung „Die Welt“, Herr Weinert, sich erkundigt haben und sehen wollten, wo die großen Unruhen im Betrieb waren, wo die Maschinengewehre gestanden haben und noch stehen und wo die Schächte sind, in denen die Arbeiter verschwinden, die nicht für unsere Sache der Arbeiter sind. Ich weiß nicht, ob sie die Sachen gefunden haben. Sie haben sich umgesehen. Sie haben mit den Arbeitern dort gesprochen. Sie haben wahrscheinlich nichts gefunden; denn sie gingen mit ziemlich langen Gesichtern wieder weg. Wir haben ihnen die Maschinengewehre gezeigt, mit denen wir arbeiten, und zwar waren es die Preßluftschlämmer, die Niethämmer, mit denen wir den ganzen Tag arbeiten. Das sind friedliche Maschinengewehre, darf ich wohl behaupten.

Ich bitte Sie, mein lieber Herr vom Nordwestdeutschen Rundfunk, wenden Sie sich an Ihre zwei Berufskollegen: die werden Ihnen wahrscheinlich die beste Auskunft geben können, was sie im Leuna-Werk, dem größten Werk der Republik, von Unruhen gesehen haben. Sie werden auch erzählen können von dem, was uns unsere Regierung gibt, und auch von dem, was wir uns dort aus Trümmern geschaffen haben, die von anglo-amerikanischen Bombern hervorgerufen wurden.

Wenn hier die Frage nach der Teilnahme demokratischer Parteien bei



GEORG WOLF:
Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

den freien demokratischen Wahlen für eine Wiedervereinigung Deutschlands auftaucht, so sind unsere Arbeiter der Ansicht, daß die demokratischen Parteien ruhig zur Wahlurne gehen sollen und gehen müssen, aber nicht faschistische Parteien. Die wollen wir nicht haben, grundsätzlich nicht.

PROFESSOR NORDEN

Ich weiß nicht, ob Kollege Wolf von den Leuna-Werken gehört hat, daß hier ein Zwischenruf von Herrn Beier von der westdeutschen Presse kam, daß der Kollege Wolf die westdeutsche Presse nicht richtig verfolgt habe — was natürlich für den Kollegen nur sehr dienlich ist, weil er dadurch nicht so dumm gemacht wird, wie es die westdeutsche Presse

mit der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands zu tun versucht. Aber ich muß doch dem Kollegen Wolf zur Seite treten; denn ich habe in der „Welt“ gesehen, in welchem großen Maße Aufmachung gebracht wurde: „Unruhe in Ostbetrieben — 160 Personen verhaftet — Bevölkerung der Sowjetzone kritisiert Molotow-Plan.“ Das war immerhin eine ganz schöne Schlagzeile über die ganze erste Seite der „Welt“. Dann ist Herr Weinert von dem Chef des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR eingeladen worden, mit dem Vertreter der Reuter-Agentur, Herrn Levy, nach den Leuna-Werken zu fahren. Da hatten Herr Weinert und Herr Levy sehr ausführlich Gelegenheit, sich zu informieren, was wirklich bei Leuna war. Der Kollege Levy hat, wenn ich mich nicht täusche, einen sehr langen Bericht an die Reuter-Agentur gegeben, ohne daß ich sagen kann, in welchen englischen Zeitungen und ob er in den Zeitungen erschien, die den „Unruhen“ soviel Raum eingeräumt hatten. Aber wir konnten kontrollieren, was die „Welt“ gebracht hat. Dieselbe „Welt“, die das von den „Unruhen“ als Riesenspitze brachte, brachte eine 20-Zeilen-Meldung: „Keine Unruhen in den Leuna-Werken.“ Aber daneben stand eine riesige Zeichnung, die wieder genau dasselbe behauptete, was die „Welt“ einige Tage vorher geschrieben hatte; nur eben diesmal in einer etwas ungekonnten Skizzenform, die zeigte, daß sich ein Sturm von Fäusten gegen die Regierung der DDR erhebt. Man mußte also notgedrungen das kleine Dementi bringen, brachte aber gleich daneben eine riesige Zeichnung, die das Dementi wieder dementieren

sollte. — Das zur Erklärung der Praktiken dieses Blattes, dessen Chefredakteur — ich wiederhole es — einer derjenigen war, die ihr gerüttelt Maß zur Zerstörung der Weimarer Republik beigetragen haben.

Ein Pressevertreter

Man kann doch sagen, daß auf dieser Pressekonferenz unsere Arbeiter bisher die westdeutschen Journalisten gründlich entlarvt haben. Was war aber bisher die einzige Reaktion darauf? Der Herr vom Nordwestdeutschen Rundfunk hat den schwachen Versuch gemacht, doch noch einen kleinen Ansatzpunkt für die Lügenkampagne zu finden. Er ist damit gescheitert. Es wäre aber gut, wenn die Journalisten aus Westdeutschland einmal zu dieser Lügenkampagne Stellung nehmen und sagen würden, wie sie persönlich zu diesen Meldungen stehen.

PROFESSOR NORDEN

Empfindet einer der Herren oder eine der Damen der westdeutschen Presse den Wunsch, sich zu Wort zu melden und dieser Aufforderung zu entsprechen?

Der Vertreter des Nordwestdeutschen Rundfunks versuchte sich mit der Erklärung aus der Schlinge zu ziehen, daß Pressevertreter keine Stellungnahmen abzugeben brauchen und stellte erneut provokatorische Fragen nach Einzelheiten einer zukünftigen gesamtdeutschen Wahl.

PROFESSOR NORDEN

Darüber werden sich die entscheidenden Instanzen äußern, und darüber werden sie auch eine Entschei-

dung fällen. Wir gehen in diese Verhandlungen mit vollkommener Aufgeschlossenheit und mit dem Willen hinein, den berechtigten Wünschen der Gegenseite Rechnung zu tragen. Wir gehen nur mit einem Prinzip in die Verhandlungen hinein: daß der Sache der Demokratie dabei zum Siege verholfen wird und nicht der Sache des Militarismus und des Faschismus. Alles andere, verehrter Herr, unterordnen wir dieser Frage. Ich möchte trotzdem abschließend

dazu feststellen, daß der Nordwestdeutsche Rundfunk einer der Hauptträger der Lügenkampagne über die angeblichen Unruhen und Protestdemonstrationen in der DDR gewesen ist und daß der anwesende Vertreter bisher wenigstens in seinen Äußerungen hier — wir haben ihm reichlich Gelegenheit gegeben — mit keinem Wort von diesen Lügenmeldungen abgerückt ist, die der Nordwestdeutsche Rundfunk verbreitet hat und verbreitet.

Ein Vorschlag-an den Nordwestdeutschen Rundfunk

HEINZ SCHMIDT.

Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Ich möchte dem Nordwestdeutschen Rundfunk einen Vorschlag machen. Da ist die Badische Anilin- und Sodafabrik, die genauso weltbekannt ist wie das Leuna-Werk. Mit diesem Betrieb fühlen wir Leuna-Arbeiter uns heute noch besonders eng verbunden, vor allen Dingen mit den Arbeitern. Ein Teil unserer Arbeiter stammt nämlich von dort drüben. Sie arbeiten heute bei uns schon 20 Jahre und länger. Wir haben Delegationen nach drüben geschickt und haben geschrieben: Kommt herüber, seht euch an, wie es bei uns jetzt aussieht! Und sie sind gekommen. Die letzte Delegation war im Dezember und Januar bei uns. Als sie wieder weggefahren sind, haben sie gesagt: „Das, was wir hier gesehen haben, ist nicht so, wie es uns vorher drüben gesagt worden ist. Wir versprechen euch, daß wir das drüben weitererzählen werden.“

Nach dem 17. Juni ist von uns ein Arbeiter abgehauen. Zu dem ist der Nordwestdeutsche Rundfunk sofort hingegangen und hat ihn sofort dazu

ausgenutzt, gegen die Deutsche Demokratische Republik zu hetzen, hat ihn sofort über den Rundfunk sprechen lassen. Warum geht der Nordwestdeutsche Rundfunk jetzt nicht einmal zu den Arbeitern, die hier gewesen sind und sich das angesehen haben, um sich von ihnen die Wahrheit über die Deutsche Demokratische Republik erzählen zu lassen? Aber das macht der Nordwestdeutsche Rundfunk nicht. Deshalb sind wir gezwungen, Kollegen nach hier einzuladen, um sie zu überzeugen. Wir holen sie hierher und zeigen ihnen unsere Wirklichkeit, und das überzeugt sie von dem, was wir tun. Ich mache den Vorschlag: Stellt ihnen das Mikrophon und die Zeitung zur Verfügung, dann werden sie ihre Meinung sagen! (*Beifall*)

PROFESSOR NORDEN

Wo haben die Arbeiter das Recht, in den Betrieben frei zu sprechen? Es ist Euch bekannt, Kollegen aus den deutschen Betrieben, ebenso wie es den Vertretern der westlichen Presse bekannt ist, daß es ein Betriebsverfassungsgesetz in West-

deutschland gibt, das den Arbeitern verbietet, ein politisches Wort im Betrieb zu sagen. Wir haben in den letzten Tagen Artikel von Vorsitzenden der größten Gewerkschaftsverbände des westdeutschen DGB gelesen, in denen die Kollegen des Bundesvorstandes des DGB berichten, daß in den letzten Wochen und Monaten Tausende von Gewerkschaftsfunktionären — keine Kommunisten, meistens Sozialdemokraten — entlassen worden sind, weil sie die Interessen der Belegschaften wahrgenommen haben. Das ist die Demokratie, wie sie in Westdeutschland in der Praxis aussieht.

Bei uns gibt es so etwas nicht. Bei uns können die Arbeiter — auf gut berlinerisch gesagt — eine Lippe gegen die Werkdirektion riskieren. Und das ist der Grund, warum die Arbeiter, die aus Westdeutschland zu uns kommen, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn sie sehen, wie souverän bei uns die Arbeiter selber die Geschicke ihrer Betriebe und die Geschicke unseres Staates beherrschen. Wir machen nicht Demokratie auf dem Papier, und wir suchen nicht die Freiheit im Wolkenkuckucksheim, sondern wir realisieren sie in der Praxis.
(Lebhafter Beifall)

Wir sind stolz auf unsere Regierung

BARBARA WEST

Hausfrau, Halle (Saale)

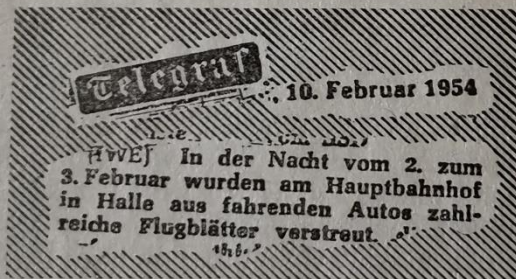
Ich komme aus Halle, bin Mutter von zwei Kindern und parteilos. Ich hatte gestern Gelegenheit, in verschiedenen westliche Zeitungen zu blicken. Was sah ich darin? Einmal wurde behauptet, daß unsere Leute

mitteln, Butter, Margarine und Fleisch. Das haben wir in genügendem Maße. Da brauchen wir nicht Schlange zu stehen. Bei uns steht man nur vor dem Toto Schlange.

(Heiterkeit)

Außerdem wurde behauptet, es wären Protestresolutionen gegen Molotows Vorschläge abgegeben worden. Ja, Resolutionen wurden abgegeben; jedoch wir stehen fest hinter diesen Vorschlägen, aber nicht hinter diesen Gemeinheiten von Mister Dulles.

Dann habe ich noch gelesen, daß Demonstrationen in Halle stattgefunden haben. Ich glaube, das ist noch ein bißchen zu früh. Bei uns finden Demonstrationen statt, aber nicht so, wie das die Westpresse behauptet, sondern wenn unser Nationales Aufbauwerk wieder stattfindet, nämlich mit Hammer und Schaufel, wenn wir unsere freiwilligen Arbeitsstunden leisten, damit wir ein gemütliches



in Halle gezwungen wurden zu den Unterschriften. Das ist eine derartig große Lüge, daß man es gar nicht begreifen kann. In verschiedenen Zeitungen stand dann auch noch, daß man bei uns Schlange steht. Nun, bei uns steht man Schlange, aber nicht, wie man schrieb, nach Nähr-

Heim für unsere Kinder und für unsere Zukunft schaffen.

Zum 17. Juni möchte ich noch sagen: Falls diese Ringelsockenboys noch einmal anfangen sollten, sich bei uns umzutun, dann werden wir sie dorthin jagen, wohin sie gehören, nämlich nach Bonn und Washington, wo die ganze Verbrecherzentrale sitzt — so möchte ich mal sagen. Denn ist das überhaupt ein Streik, wenn man in Krankenhäuser und Entbindungsheime einbricht? Ich glaube, das hat nichts mit Streik zu tun, wie man drüben behauptet hat.

Verschiedene Leute sagen: die haben ja die Regierung nicht gewählt. Das stimmt nicht. Wir haben sie gewählt, und wir stehen fest hinter unserer Regierung; weil es eine Arbeiterregierung ist, die für den Arbeiter schafft. Wir vertrauen voll und ganz auf unsere Regierung, wir sind stolz auf sie; denn sie hat



das Einmalige in all den Jahrhunderten fertiggebracht, hier dem Arbeiter das zu schaffen, was er wert ist. (Beifall)

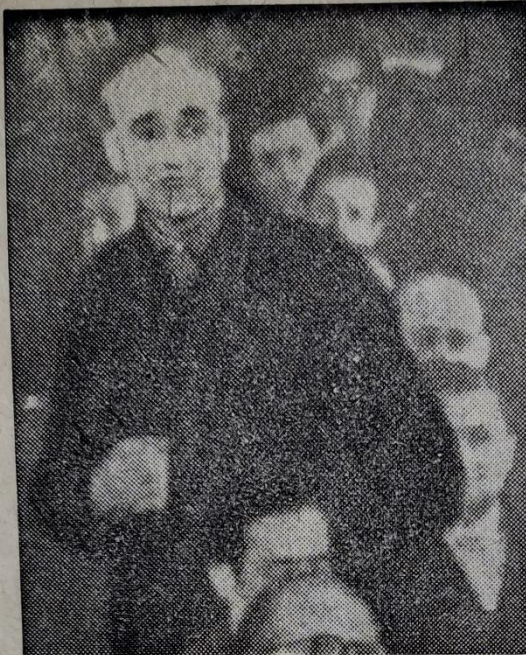
Nicht nur für uns — für ganz Deutschland

MANFRED WORMS

VEB Bleichert, Leipzig

Ich möchte den westdeutschen Journalisten sagen: Vor drei oder vier Jahren sind viele unserer Arbeitskollegen noch auf die Lügenmeldungen hereingefallen und haben das geglaubt. Aber sie müssen doch jetzt schlau geworden sein. Wie es in dem alten Sprichwort heißt: Lügen haben kurze Beine, so ist es auch. Bei uns glaubt niemand mehr die Lügen, weil man sich schon des öfteren von der Wahrheit überzeugt hat.

Da möchte ich ein Beispiel bringen: Vor ein paar Tagen war eine westdeutsche Arbeiterdelegation bei uns im Werk. Wir freuen uns, wenn sie zu uns kommen. Sie waren natürlich sehr erstaunt. An der Grenze war ihnen gesagt worden: Wir warnen euch, für euch gibt es nur Sibirien oder Einreihung in den volkseigenen Betrieb. (Heiterkeit) Es ist ihnen vorgemacht worden, daß die Arbeiter im volkseigenen Betrieb überhaupt keine Freiheit mehr haben, sondern ringsum nur Militär steht. Sie waren wirklich erstaunt, wie unser Betrieb eingerichtet ist, und was



alles in sozialer Hinsicht für die Arbeitskollegen dort getan wird.

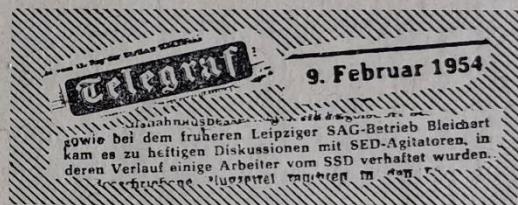
Wir hatten jetzt im Januar ein internationales Hallenhandballturnier aufgezogen mit Sportfreunden aus Hamburg und dem Ruhrgebiet. Wir haben ihnen die Möglichkeit gegeben, auch unser Werk zu besichtigen. Sie haben gestaunt und haben absolut nicht glauben wollen, daß wir solche Maschinen haben, und wie wir arbeiten. Sie waren erstaunt, daß bei uns Kolleginnen arbeiten. Sie mußten ganz anderes erfahren als was erzählt wurde, daß nämlich die Kolleginnen mit großer Lust und Liebe arbeiten. Wir haben ihnen das große Sportforum gezeigt, das wir bauen. Da waren sie sprachlos und sagten, sie gäben zu, daß das viel-

leicht in Europa einzig dastehe, aber warum wir das so groß bauten? Das konnten sie nicht fassen. Wir haben ihnen geantwortet: Wir bauen nicht nur für uns, sondern für ganz Deutschland. Das hat sie natürlich sehr tief beeindruckt.

Die westdeutschen Journalisten könnten sich doch nicht besser überzeugen, als wenn sie tatsächlich in unsere Werke kämen und sich mit den Kollegen unterhielten. Da würden sie das richtige und wahre Bild bekommen. (Beifall)

PROFESSOR NORDEN

Am 9. Februar hat der „Telegraf“ geschrieben, daß bei Bleichert nach Diskussionen mit sogenannten SED-



Agitatoren mehrere Arbeiter verhaftet worden seien. Können Sie sich dazu äußern?

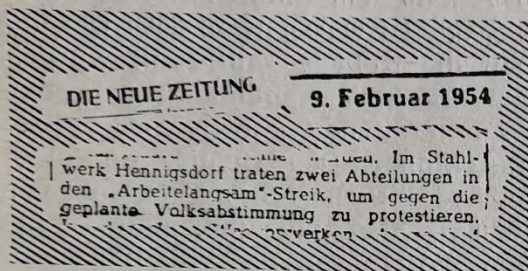
MANFRED WORMS

Ich kann nur sagen, daß das wieder eine Lüge ist. Das gibt es bei uns nicht. Wenn ich das im Betrieb erzähle, wird alles lachen. Das ist unmöglich. Das glaubt keiner. Wenn schon Agitationen mit SED-Genossen sind, dann sind sie so kollegial und nur aufklärend.

Ein paar kerndeutsche Worte an die amerikanische „Neue Zeitung“

SCHMIDT, Stahl- und Walzwerk
„Wilhelm Florin“, Hennigsdorf

Die „Neue Zeitung“ vom 9. Februar schreibt: „Streik im Stahlwerk Hennigsdorf“. Ich möchte betonen, daß im Stahlwerk Hennigsdorf gerade an diesem Tage unser Plan mit



105,6 Prozent erfüllt wurde. Nebenbei möchte ich erwähnen, daß wir bei einer Temperatur von 1400 bis 1800 Grad arbeiten und daß wir tatsächlich unter Schweiß seit 1948 dieses Werk wiederaufgebaut haben. Da möchte ich dem Kollegen vom Nordwestdeutschen Rundfunk sagen, daß wir niemals diese sogenannten freien Wahlen wollen, die man heute in Westdeutschland organisiert; denn solchen Schweiß, wie wir ihn seit 1948 vergossen haben, geben wir nur her, wenn eine Arbeiter- und Bauernmacht errichtet wird. Unsere Kumpel haben erklärt, als wir die „Neue Zeitung“ zu sehen bekamen: „Wenn wir die Brüder hier hätten, würden wir sie in den Ofen chargieren.“ — Wir sprechen eine deutliche und harte Sprache. Unsere Kumpel haben dann aber gesagt: Das wäre viel zu schade; denn dadurch kriegen wir den Phosphor nicht herunter. (Heiterkeit)

Vor zwei oder drei Wochen war eine westdeutsche Delegation bei uns

in der Abteilung Stahlwerk und fragte, ob in der Abteilung an den SM-Öfen Aufpasser wären. Ich sagte zum zweiten und dritten Schmelzer: Kumpel, die wollen gern wissen, wer hier der Aufpasser ist. Da sagte der zweite: ich bin auch Aufpasser, und der dritte sagte: ich bin auch Aufpasser; aber wir passen auf, daß keiner eine Schweinerei macht am Aggregat; einen anderen Aufpasser haben wir nicht. Die Kumpel waren darüber informiert, daß es so etwas bei uns nicht gibt.

Ich war vor ungefähr vier Jahren noch Angestellter und habe mich in dreieinhalb Jahren zum ersten Schmelzer qualifiziert. Die Regierung hat mir Gelegenheit gegeben, den Facharbeiterbrief zu erwerben. Ich habe die Prüfung mit „sehr gut“ bestanden. Ich bin stolz, daß wir solche Leistungen bei uns am Aggregat vollbringen. Wir werden niemals zulassen, daß solche Herren wie Adenauer und Ollenhauer die Arbeiter noch einmal für dumm verkaufen. Wir sind nicht dumm. Sie glauben nur, uns dumm machen zu können.

Ich bitte den Vertreter der „Neuen Zeitung“, sich zu äußern, wie er dazu kommt, am 9. Februar, wo wir den Plan übererfüllt haben, zu sagen, daß wir gestreikt hätten.

PROFESSOR NORDEN

Ich bitte die anwesenden Kollegen der westlichen Presse, einige scharfe Worte des Kollegen, der eben gesprochen hat, nicht als persönliche Bedrohung aufzufassen. Es war eine echte kerndeutsche lutherische Sprache. (Heiterkeit — Beifall)

Bei uns hat das Krupp-Zeug nichts mehr zu suchen!

Ein Pressevertreter

In letzter Zeit sind in den Westzeitungen auch wieder eine ganze Reihe Meldungen erschienen über angebliche Unruhen und Demonstrationen in Magdeburg. Wenn sich ein Vertreter der Magdeburger Arbeiter hier befindet, bitte ich, daß er einmal zu diesen Meldungen Stellung nimmt.

KURT WENDHAUS.

Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg

Das Thälmann-Werk, insbesondere die große Schmiede, ist immerhin ein nicht zu verachtendes Werk. Ich möchte das damit dokumentieren, daß man das auch von seiten der westlichen Agenten erkannt hat, was daraus hervorging, daß man am 17. Juni versuchte, die 3000-Tonnen-Presse in die Luft zu sprengen, was natürlich gescheitert ist. Der Betreffende — es war tatsächlich ein westlicher Agent — sitzt.

Die gesamten Kollegen des Thälmann-Werkes sind für freie demokratische Wahlen, die ihnen aber garantieren, daß ihnen das, was sie sich geschaffen haben — das Thälmann-Werk war wohl zu 65 Prozent zerstört — garantiert wird und nie wieder weggenommen wird.

PROFESSOR NORDEN

Wem gehörte das Werk früher? Es gehörte Krupp, und der wird es von uns nie wieder zurückkriegen.
(Beifall)

Was die Demonstrationen anbelangt, liebe Kollegen, kann ich euch nur folgendes sagen: Wir haben in der großen Schmiede einen Wettbewerb. Wir haben im Monat Dezember die goldene Wettbewerbsfahne errungen. Das dokumentiert die Begeisterung, mit der die Kollegen an unserem Plan mitarbeiten. Da kam ein hübsches Sümmchen heraus. Es waren wohl 6000 DM, die auf die Kollegen aufgeteilt wurden. Wir haben Versammlungen abgehalten, auf denen immer wieder über die Einheit Deutschlands und über unsere Planerfüllung gesprochen wurde, aber nie und nimmer fiel ein Wort gegen die Vorschläge unserer Regierung oder gar gegen die Vorschläge des Außenministers Molotow. Mir als Vertreter des Thälmann-Werkes ist nichts von Demonstrationen bekannt. Ich erkläre ausdrücklich, es ist eine Lüge, wenn jemand behauptet, daß bei uns irgendwelche Demonstrationen oder Unruhen stattgefunden hätten.

HERMANN HARTKOPF

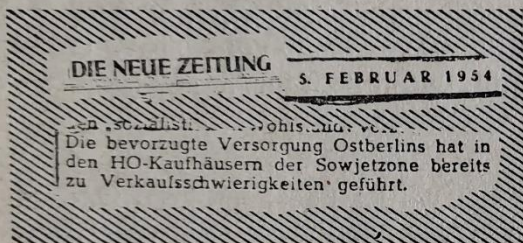
Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg

Ich möchte die Journalisten bitten, sich nach Magdeburg zu begeben und sich bei uns im Ernst-Thälmann-Werk umzusehen, ob da Unruhen sind. Ich bin Agitator der SED und bin stolz darauf, daß ich mich mit unseren Kollegen und Parteilosen sehr gut unterhalte.

Das Märchen von der hungernden Ostzone

Vertreter des Deutschlandsenders

Ich habe in den letzten Tagen in verschiedenen Zeitungen Westdeutschlands und auch westlicher Länder gelesen, daß die Durchführung der Außenministerkonferenz in der DDR bestimmte Schwierigkeiten und Verlagerungen verursacht habe, indem Lebensmittel und andere Verbrauchsgüter aus der DDR abgezogen



werden mußten, damit die Schaufenster in der Berliner Stalinallee gefüllt werden konnten als Schau-stellung (*Heiterkeit*), und daß jetzt die Lebensmittelläden und Warenhäuser in der DDR ratzekahl geräumt wären. Ich wäre dankbar, wenn jemand darauf antworten könnte.

OTTO TEICH

Kraftfahrer, Sachsenwerk Niedersedlitz

Ich fahre täglich auf der Strecke Berlin—Dresden und Erzgebirge—Leipzig. Ich war auch vor Weihnachten schon oft in Berlin. Ich kann nicht behaupten, daß erst jetzt während der Außenministerkonferenz die Geschäfte in der Stalinallee mit Lebensmitteln überfüllt wären. Bei uns gibt es Nahrungsmittel in Hülle und Fülle. Auch in Olbernhau im Erzgebirge, in Leipzig und, mag es sein,

wo es will, in der Deutschen Demokratischen Republik, es gibt überall Lebensmittel genug, vielleicht noch mehr als in Berlin. Das möchte ich den ausländischen und westdeutschen Journalisten sagen.

BARBARA WEST

Ich kann nur sagen: Kommen Sie zu uns nach Halle! Bei uns können Sie Bananen und Apfelsinen kaufen, gar nicht zu reden von Fleisch, Wurst und allen möglichen Lebensmitteln. Das ist wirklich eine ganz große Lüge. Es ist nicht an dem, daß bei uns gar Menschen verhungern, weil man alles nach der Stalinallee schafft. Meine Tochter im Alter von einem dreiviertel Jahr wiegt 24 Pfund. Das ist ein Zeichen, daß wir nicht verhungern, sondern bei uns in der DDR genügend Lebensmittel bekommen und frei kaufen können.

FRITZ ALBRECHT

WMW-Union, Gera

Ich wäre daran interessiert, den Herrn vom „Telegraf“ kennenzulernen, der am Sonntag, dem 7. Februar, über die Unruhen und die Empörung der Bevölkerung von Gera geschrieben hat. Empörung ist in Gera, aber nicht, weil wir keine Kartoffeln haben oder weil wir kein Fleisch oder Fett haben — wir sind in der Lage, noch einige Erwerbslose aus Westdeutschland mitzufüttern (*Beifall*) —, sondern Empörung herrscht darüber, daß es Menschen gibt, und vor allen Dingen deutsche Menschen, die für schmutziges Geld bereit sind, eine Lügenkampagne über einen Teil ihres eigenen Vaterlandes loszulassen.

Es wäre sehr interessant und wünschenswert, wenn die anwesenden Vertreter der Presse wortwörtlich alles das schreiben, was hier auf der Pressekonferenz gesprochen wird; denn wir als Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik haben nicht die Gelegenheit, mit den Millionen ehrlichen Arbeitern in Westdeutschland und in den kapitalistischen Ländern zu sprechen, damit sie erfahren, wie es wirklich bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik aussieht. Diese ehrlichen Arbeiter in den kapitalistischen Ländern sind auf den Schmutz angewie-

sen, den ihnen solche Elemente vortragen. Wir sind bereit — schreiben Sie das bitte in Ihrer Presse —, Arbeiterdelegationen aus allen kapitalistischen Ländern, sei es aus Frankreich oder aus England, bei uns in den Betrieben zu empfangen, damit sie sich dort an Ort und Stelle überzeugen können, was unsere Regierung für uns als Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik getan hat und auch weiterhin tun wird. (Prof. Norden: Auch aus Westdeutschland, hoffe ich, sind Euch Arbeiterdelegationen willkommen.) Erst recht, daran liegt uns am meisten.

WALTER REICHHARDT
Leuna-Werke „Walter Ulbricht“



Bei uns* gibt es genügend Kartoffeln und Kohle, denn wir stecken bis zu den Ohren rechts und links in der

Kohle. Es ist überhaupt nicht daran zu denken, daß wir eine Ernährungsnot leiden. Auch in Weißenfels, das eine Schuhindustrie hat, die in ihrer Kapazität am höchsten steht, sind die Menschen zufrieden. Es kann jeder kaufen, was er will und für seinen täglichen Bedarf benötigt.

Der „Telegraf“ schreibt am 9. Februar wörtlich:

„Der SSD verhaftete im Leunawerk drei Arbeiter, die angeblich Transparente mit der Aufschrift: Laßt uns frei wählen — ohne SED! angebracht hatten.“

Das ist die größte und gemeinste Lüge, die ich je gehört habe — abgesehen von dem, was die Kollegen bisher schon gesagt haben. Ich möchte den Journalisten vom „Telegraf“ fragen, woher er diese Ente geholt hat und ob er sie schon gegessen hat; höffentlich ist sie ihm gut bekommen.

Ein alter Sozialdemokrat spricht

RUDOLF WIENOPAL

Kumpel in der Großkokerei „Mathias Rakosi“, Lauchhammer-West

Heute lese ich im „Telegraf“ vom 10. Februar 1954: Am 5. Februar formierte sich in der Kokerei „Rákosi“ in Lauchhammer-West ein Demonstrationzug. Die beiden Träger des Transparents mit der Aufschrift „Wir fordern vom sowjetischen Außenminister die Zustimmung zu freien und geheimen Wahlen in ganz Deutschland“ wurden am nächsten Tage vom SSD verhaftet.

Ich bin ein alter Sozialdemokrat. Ich lese hier, wer verantwortlich ist: Arno Scholz und Paul Löbe. Ich glaube, der war einmal Reichspräsident. Wenn ich das heute lese, muß ich mich schämen, einmal Sozialdemokrat gewesen zu sein. (Beifall) Wie kann man Sozialdemokrat sein, wenn man solche Hetze betreibt? Hat der Mann nicht noch etwas Ehrgefühl in sich? Er soll zu uns nach Lauchhammer kommen, dort kann er sich ansehen, wie es



bei uns aussieht, und dann kann er das in Westberlin berichten. (Beifall)

OTTO SCHÄFER

Nähmaschinenwerke Altenburg

Die Aussprache bis jetzt hat gezeigt, daß Lügen kurze Beine haben. Als alter Arbeiter, der nun schon 35 Jahre in der Arbeiterbewegung steht, möchte ich die westdeutschen Journalisten fragen, ob sie schon jemals erlebt haben, daß auf einer Pressekonferenz Arbeiter zugegen waren. Hat es das schon jemals in Deutschland gegeben? — Da kann man nur eine Antwort geben: Nein! Das haben wir in unserer Deutschen Demokratischen Republik erreicht. Wir stehen voll und ganz hinter unserer Regierung, und wir werden unsere Kraft einsetzen. Sollte man noch einmal einen Tag X aufziehen, dann werden wir dafür sorgen, daß er anders verlaufen wird. (Beifall)



Demonstrationen für eine deutsche humanistische Kunst

ERNST THIEL,
Theater „Junge Garde“, Halle

Ich bin Leiter eines Jugendtheaters in Halle. Der Nordwestdeutsche Rundfunk spricht von freien Wahlen, und sehr oft von der „Freiheit der Persönlichkeit“ in Westdeutschland. Gestatten Sie mir, daß ich gegen eine solche Auslegung der Freiheit außerordentlich mißtrauisch bin. Ich habe persönlich diese „Freiheit der Persönlichkeit“ vor einem Jahr kennengelernt, als ich auf Einladung des Münchener Professors Dr. Dr. Saller nach Bayreuth fuhr, mit ordentlichen Ausweispapieren und mit einer Aufenthaltsgenehmigung der Stadt Bayreuth. Dort bin ich vom Frühstückstisch meines Hotels weg von der Polizei verhaftet und mit verschiedenen anderen Kulturschaffenden unserer Republik für vier Tage in eine Einzelzelle des Bayreuther Gefängnisses gesperrt worden. Wir haben in Westdeutschland mit Intendanten, mit verschiedenen Persönlichkeiten, Chef-dramaturgen und Oberspielleitern sprechen können, und sie sagten: Wir würden sehr gern einmal zu euch in eure Theater kommen, aber wir können uns das nicht erlauben. Wir müssen damit rechnen, von unseren Vorgesetzten gemäßregelt zu werden. Daß das nicht nur Vermutungen, sondern Tatsachen sind, dafür gibt es Beweise.

Herr Levy ist in den letzten Tagen in Halle gewesen und hat zu den „Demonstrationen“ in Halle Stellung genommen. Es ist schade, daß er sich an den Litfaßsäulen nur einen Überblick über die Filmtheater verschafft hat. Er hätte eine Demonstration bei dem Kindermärchen „Des Kaisers Nachtigall“ von Andersen in meinem Theater erleben können, wo 800 Kinder vor Begeisterung demonstriert haben. Sie haben den Schauspielern nach der Aufführung am Bühneneingang aufgelauret und haben sie mit Blumen empfangen. Ich möchte der westdeutschen Presse einen Hinweis auf Demonstrationen geben, die im Verlaufe des Jahres in Halle wieder stattfinden werden. Zur gleichen Zeit, als die Meldungen in der westdeutschen Presse erschienen, beschloß der Rat der Stadt Halle die Durchführung eines großen Händel-Festes in Halle mit der Aufführung von bisher noch unbekanntem Händel-Opern und einem großen Festprogramm aus Anlaß der 300-Jahr-Feier der halleschen Oper. Dort werden Sie Demonstrationen erleben, Demonstrationen der Begeisterung für eine echte deutsche, humanistische Kunst. Und es wäre sehr schön, wenn Sie dann sachlich und vor allem auch so schnell über diese Demonstration berichten würden, wie Sie über die nicht stattgefundenen „Demonstration“ vor einigen Tagen berichtet haben.

Die Lüge dient dem Krieg

HELGA BACH, *Stenotypistin,
Sachsenwerk Niedersedlitz*

Auch über unseren Betrieb sind große Lügen verbreitet worden. Warum gibt man unseren Arbeitern keine Antwort auf ihre gestellten Fragen? Ich verstehe da die westdeutschen Journalisten nicht. Man muß doch einem Menschen, der eine Frage stellt, auch eine gute Antwort geben können. Das möchte ich den Journalisten sagen.

EMIL STAUFENSECK, *Großkokerei
„Mathias Rakosi“, Lauchhammer*

Ich habe die Aufgabe, hier 150 Kollegen der Verwaltung und der Produktion zu vertreten und hier ganz deutlich meine Stimme zu erheben, daß wir 150 Verwaltungsangestellten und Produktionsarbeiter einstimmig für die Einheit Deutschlands sind, daß wir einstimmig für freie, ge-

heime, demokratische Wahlen sind und daß wir uns gegen die Lügenmeldungen, die im „Telegraf“ standen, verwahren. Es geht nicht an, daß deutsche Menschen, deutsche Journalisten, eine Lüge in die Welt setzen und sich keine Gedanken machen, wozu das dient. Haben diese Menschen nicht am eigenen Leibe gespürt, was Krieg bedeutet? Es ist doch eine schöne Aufgabe, den Menschen ein besseres Leben zu schaffen. Laßt uns endlich zufrieden mit dem, was dem Kriege dient, sagen unsere 150 Kollegen. Laßt uns alle zusammenstehen, in der letzten Minute den grausamen Krieg zu verhindern, den wir verhindern können! Wir müssen erkennen, daß wir den Frieden zu vertreten haben, und was dem Frieden dient, ist gut — allem, was dem Kriege dient, müssen wir ein für allemal ein Ende setzen. *(Beifall)*

Pressefreiheit auf amerikanisch

MRS. WALTER von der „New Yorker Staatszeitung“ stellt die Frage, ob ausländische Journalisten die Genehmigung erhalten würden, nach eigenem Ermessen in der Deutschen Demokratischen Republik herumzureisen.

PROFESSOR NORDEN

Ich darf der Kollegin von der „New Yorker Staatszeitung“ antworten, daß in unserer Deutschen Demokratischen Republik die ausländischen Journalisten alle die von ihr geforderten Freiheiten haben werden, obwohl die Journalisten der DDR, wenn sie nach Westdeutschland fahren, keine der von ihr er-

wähnten Freiheiten haben. Das gilt auch für amerikanische Journalisten. Dabei möchte ich bemerken, daß wir auf ein ähnliches Entgegenkommen der amerikanischen Regierung bisher noch nie gestoßen sind.

(Zwischenruf von Mrs. Walter: Sie wissen ja ganz gut, daß Sie dort alles schreiben können, was sie wollen.)

Ich weiß sehr gut, daß die Redakteure des New Yorker „Daily Worker“ eingekerkert sind. Ich weiß sehr gut, daß kein Journalist der Deutschen Demokratischen Republik die Einreise nach New York bekommen würde, wenn heute das amerikanische Hochkommissariat um ein

Visum für Journalisten der DDR gebeten würde! Ich weiß sehr gut, daß, wenn sich ein Journalist der Deutschen Demokratischen Republik in den USA aufhalten würde, er verhaftet werden würde.

Vertreterin der „Humanité“ Paris

Ich bin Französin. Ich habe einige Male versucht, nach Westdeutschland zu gehen. Ich habe in Paris in der Deutschen Botschaft um ein Visum gebeten. Man hat mir gesagt: es geht nicht; wir müssen anfragen. Ich habe gesagt: Sie sind doch eine selbständige Botschaft. Wen müssen Sie denn fragen? Man hat gesagt: Wir müssen in Bonn anfragen. — Wen müssen Sie denn fragen? — Da ist man rot geworden und hat gesagt: wir haben schon zuviel gesagt. Dann bin ich nach fünf Wochen zurückgekommen. Man hatte mir angeboten, fünf Wochen zu warten. Ich habe Geduld. Ich bin nach fünf Wochen zurückgekommen und habe gefragt: Wie steht es mit meinem Visum? Ich bin Journalistin, hier sind meine Papiere, hier ist mein französischer Paß. Darf ich nach Westdeutschland gehen? — Da hat man gesagt: Leider nicht. Ich habe gefragt: Warum denn nicht? Da hat man gesagt: Weil Sie auf einer Liste der alliierten Personen stehen, deren Anwesenheit in Westdeutschland nicht gewünscht wird.

PROFESSOR NORDEN

Dieses Beispiel spricht für sich. Und ich möchte in aller Höflichkeit der Kollegin von der „New Yorker Staatszeitung“ sagen, daß Liebenswürdigkeit eine Sache ist, die auf Gegenseitigkeit beruht. Wir sind höflich, und wir sind aufnahmebereit,

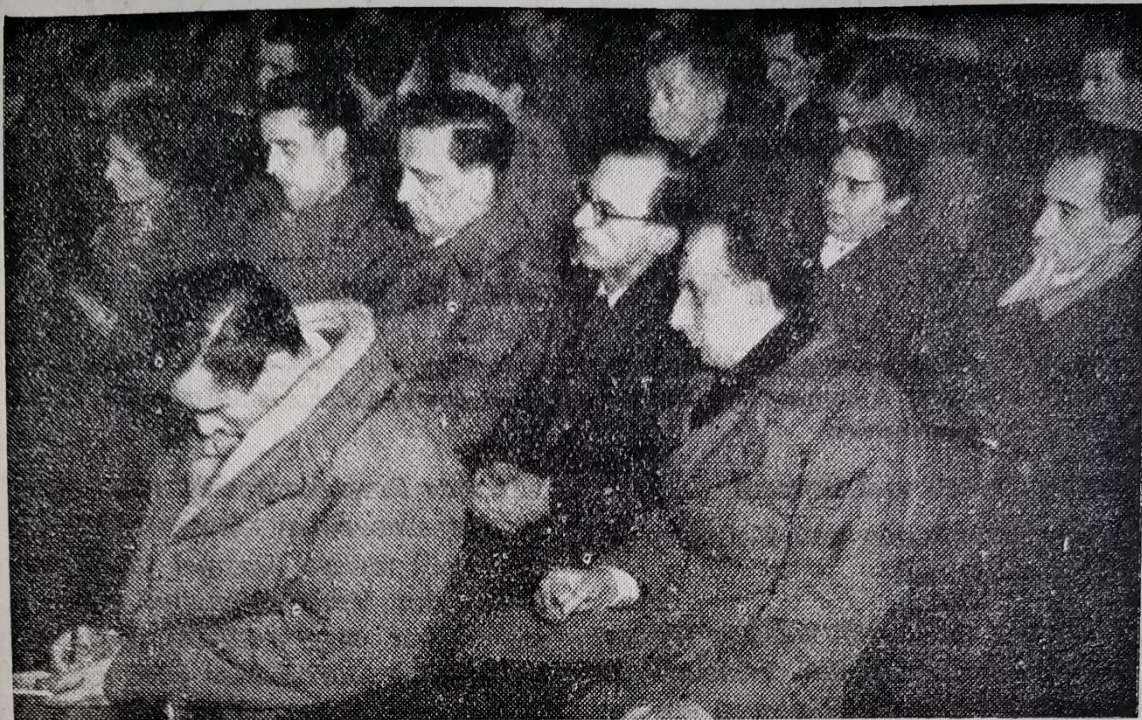
aber wir erwarten dasselbe von Amerika. Wir haben Amerika für den Schatz der amerikanischen Kultur schon Beträchtliches beigesteuert. Gerade deutsche Arbeiter waren entscheidend bei der Bildung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung tätig. Wenn sie heute lebten, würden sie vor McCarthy zitiert und eingekerkert werden. Wenn wir ausländische Journalisten zu uns lassen, dann denken wir, daß das auf Gegenseitigkeit beruhen und daß der Staat, von dem diese ausländischen Journalisten kommen, auch den unstrigen Gastrecht gewähren muß.

Im übrigen aber schlage ich vor, daß Sie sich, wenn Sie solche Absichten haben, mit dem dafür zuständigen Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR in Verbindung setzen. Ich glaube, man kann sagen, daß der Herr Kollege Levy und der Kollege von der „Welt“ alle Freiheit, die sie haben wollten, gehabt haben; im Gegenteil, wir hatten ihnen angeboten, noch woanders hinzufahren, und sie haben gesagt: wir haben schon genug. Anscheinend hat ihnen die Lehre von Leuna genügt und sie wollten nicht mehr nach Buna und den anderen Betrieben, die wir ihnen zu zeigen gerne bereit gewesen wären.

Die amerikanische Korrespondentin gibt sich mit dieser klaren Antwort nicht zufrieden und stellt erneut in arroganter Weise die Forderung nach unbehinderter Bewegungsfreiheit für ausländische Journalisten.

PROFESSOR NORDEN

Diese freie und ungehinderte Bewegung, die es heute im gesamten Gebiet der USA nicht mehr gibt, wird es bei uns geben, selbst wenn



In- und ausländische Pressevertreter während der Konferenz

ein Vertreter des großen Zeitungskonzerns kommt, dem die „New Yorker Staatszeitung“ angehört.

(Zwischenruf von Mrs. Walter: Meine Zeitung gehört keinem Konzern an!)

Das ist der Ridderkonzern. Sie wissen genau, welche großkapitalistischen Zeitungen er herausgibt. Vielleicht gebe ich Ihnen noch Aufklärung über die Besitzverhältnisse Ihrer Zeitung (*Heiterkeit — lebhafter Beifall*) Außerdem darf ich den Anwesenden zur Kenntnis geben, daß in dieser „New Yorker Staatszeitung“ noch nie ein objektives Wort über die Deutsche Demokratische Republik gestanden hat, daß aber sämtliche Lügen der Westberliner Tagespresse über die Deutsche Demokratische Republik in dieser „New Yorker Staatszeitung“ tagtäglich aufgebracht und aufgewärmt werden.

ERNST KNOTH

Maschinenfabrik Halle

Die Dame von der amerikanischen Zeitung hat ein Ersuchen gestellt, über das eine andere Stelle entscheidet. Aber mich hat etwas ganz Besonderes beeindruckt: Wir alle, die wir aus den Betrieben gekommen sind und die wir an der Werkbank stehen, werden hier von der Kollegin als Lügner hingestellt. Ich möchte hier ganz offen betonen, daß ich mir das nicht gefallen lasse. Sie hat nicht direkt, aber indirekt gesagt, daß das, was wir hier zum Ausdruck bringen, gelogen und uns eininstruiert worden ist. Ich verwahre mich und im Namen meiner Kollegen gegen diese Unterstellung! Kommen Sie nach Halle! Da hat noch nicht eine Unruhe stattgefunden! — Doch, es hat eine Empörung stattgefunden, als die Nachricht verbreitet wurde, daß Unruhen

sein sollen. Kommen Sie nach Halle! Schauen Sie sich die Geschäfte an! Kommen Sie nach Halle! Sehen Sie sich alles an! Sie werden von dem,

was Sie sehen, vielleicht enttäuscht sein. Trotzdem bin ich überzeugt, daß das, was Sie sehen werden, nicht in Ihrer Zeitung stehen wird.

Die Wahrheit wird siegen

Nach der energischen Zurechtweisung der dollareigenen und dollarhörigen Presse durch einfache deutsche Arbeiter hielt der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, DR. HANS LOCH, das Schlußwort:

Meine Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Produktion!

Als wir sahen, mit welcher Niedertracht neue Lügen und Verleumdungen über die Entwicklung in unserer Deutschen Demokratischen Republik im Westen verbreitet wurden, hätten

wir eine Pressekonferenz nach altem Muster einberufen können. Aber gerade weil unsere Kumpel im Mittelpunkt der Verleumdungen standen, sagten wir uns: weshalb sollen wir Sprachrohr sein? Sollen doch die, die in der Produktion stehen, selbst hier sprechen, selbst die Pressekonferenz beeinflussen und so ein klares Bild



Zum Abschluß der Pressekonferenz erhielt jeder Teilnehmer ein Buch mit dem Titel „250 Fragen — 250 Antworten“ über die Deutsche Demokratische Republik

von dem geben, was in Wirklichkeit bei uns ist.

Ich bin der Meinung: Sie haben eine der unverschämtesten amerikanischen Enten abgeschlachtet. Daß sie — die Ente nämlich — beim Abschlachten einen besonderen Wohlgeruch verbreitet hat, kann man nicht gerade behaupten; aber sie haben Klarheit geschaffen.

Jetzt, meine Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wird allen Anwesenden in Buchform eine vom Ausschuß für Deutsche Einheit herausgegebene präzise Dokumentation übergeben werden. Unter dem Titel „250 Fragen — 250 Antworten über die Deutsche Demokratische Republik“ gibt dieses Buch erschöpfende Auskunft über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Mit reichhaltigem Zahlen- und Tatsachenmaterial antwortet dieses Buch auf

die von unseren westdeutschen Landsleuten und den Journalisten aus aller Welt gestellten Fragen. Es entwirft ein überzeugendes Bild von den großen Fortschritten, die in unserer Republik errungen wurden und werden und die unseren Staat zu einem vorbildlichen Gemeinwesen für die friedliebenden Menschen ganz Deutschlands gemacht haben. Diese scharfe Waffe gegen Lüge und Falschheit wird auf der heutigen Konferenz der Öffentlichkeit übergeben und in den nächsten Tagen in großen Massenaufgaben verbreitet werden, damit endlich die Wahrheit in Deutschland, aber auch in der ganzen Welt siegt. *(Lebhafter Beifall)*

PROFESSOR NORDEN

Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wir danken Ihnen für Ihr Erscheinen. Ich schließe die Konferenz.

